

LANEU Leitantrag "Was uns zusammenhält"

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.02.2019

Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag "Was uns zusammenhält" mit politischen Reden

Antragstext

Was uns zusammenhält: Mecklenburg-Vorpommern ökologisch, solidarisch und weltoffen gestalten

Am 26. Mai 2019 sind Kommunal- und Europawahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Wahlen sind doppelt wichtig. Vor Ort, in den Dörfern und Städten gestalten wir gemeinsam mit vielen Akteurinnen und Akteuren das Zusammenleben. Neben der Kommunalpolitik hat die europäische Politik direkten Einfluss vor Ort und bietet wesentliche Unterstützung für die Regionen. Die komplexen Herausforderungen in unserer globalisierten Welt lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir wollen Europäisches und Kommunales gemeinsam denken und so den Grundstein legen dafür, dass wir gut leben können – in einer intakten Umwelt und in einem Gemeinwesen, das Halt gibt. Die neue Buslinie, sichere Radwege, regionales Einkaufen, die Kita, die Sporthalle, Jugend- und Familienförderung, oder summende Blühwiesen: Alle können am 26. Mai mit ihrer Stimme entscheiden, wer sie im Gemeinderat, in der Stadtvertretung, der Bürgerschaft, in den Kreistagen und im Europäischen Parlament vertritt und welche Projekte wirklich angepackt werden.

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt dazu bei, den Zusammenhalt in unserem Land und von Europa zu stärken und den Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft voranzubringen!

Naturvielfalt und Umwelt schützen

Gerade die kommunale Ebene ist für die Umweltpolitik von zentraler Bedeutung: Hier werden beispielsweise Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien genehmigt, Schutzgebiete für den Natur- und Landschafts- sowie den Grundwasserschutz ausgewiesen, und Maßnahmen gegen Lärm ergriffen. Wir wollen Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten verbessern und dazu auch die Natur- und Landschaftsschutzgebiete wirksamer schützen und Biotopverbundsysteme schaffen. Wir GRÜNE setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass Gewässer- und Wegerandstreifen in kommunalem Eigentum wieder als ungenutzte Saumstrukturen die Landschaft beleben. Initiativen für pestizidfreie Kommunen oder „Essbare Städte“ wollen wir voranbringen. In den Städten wollen wir Bäume und Grünflächen erhalten, grüne Achsen mit attraktiven Geh- und Radwegen schaffen und die Aufenthaltsqualität in den Städten und Dörfern steigern. Bei der Stadt- und Dorfentwicklung soll Innenentwicklung und flächensparendes Bauen Vorrang haben. Mit kommunalen Initiativen wollen wir Müll reduzieren, Mehrwegsysteme wie ReCup fördern, Plastik vermeiden und ressourcenschonendes Wirtschaften erleichtern.

Klimakrise meistern - Klimaschutz vorantreiben

Die Klimakrise ist die größte akute Gefahr der Menschheit. Um sie zu meistern müssen wir die Energiewende konsequent umsetzen. Klimaschutz fängt dabei in den Kommunen an. Deshalb werden wir weiter darauf hinwirken, dass in allen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ambitionierte Klimaschutzkonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Dafür wollen wir den Anteil der Klimaschutzprojekte sowohl an den Maßnahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), als auch des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

50 im operationellen Programm der Landesregierung mindestens für die Förderperiode
51 2021-2027 stark erhöhen. Zudem fordern wir, dass zukünftig insgesamt keine
52 Projekte gefördert werden, die klimaschädlich sind.

53

54 Wir wollen, dass die Kommunen eine Vorbild- und Vorreiterfunktion einnehmen bei
55 der Senkung des Energieverbrauchs ihrer Gebäude, bei der energiesparenden,
56 ökologischen Planung neuer Bau- und Gewerbegebiete, bei der Ausweisung von
57 Standorten für die Erzeugung von Erneuerbaren Energien. Die Stadtwerke wollen
58 wir als Motoren der Energiewende stärken. In den Häfen des Landes wollen wir
59 flächendeckend Landstrom einrichten und die Gebührenordnungen so
60 anpassen, dass sie eine ökologische Lenkungswirkung entfalten.

61

62 Auch der Verkehrswende kommt bei der Einhaltung des deutlich unter 2 Grad Ziels
63 eine wichtige Rolle zu. In vielen Regionen unseres Landes werden Dörfer fast nur
64 von Schulbussen angefahren. Dabei ist ein funktionierender Öffentlicher
65 Personennahverkehr nicht nur gut für das Klima, er garantiert auch Teilhabe und
66 sorgt mit dafür, dass der ländliche Raum nicht leer gezogen wird. Wir
67 unterstützen darum ergänzende Rufbussysteme. Ziel muss dabei sein, die ÖPNV-
68 Flotten der Städte und Landkreise auf alternative Antriebe umzustellen, um so
69 CO₂-Emissionen zu reduzieren. Wir brauchen einen gut ausgebauten und getakteten
70 Bus- und Bahnverkehr zu und in den Städten, um die Straßen von den täglichen
71 Ein- und Auspendelautoverkehren zu entlasten. Gut ausgebaute Radwege gehören
72 ebenfalls zu einem guten, klimaverbessernden Verkehrskonzept. Radfahren ist
73 gesund, schont das Klima, braucht wenig Platz und verursacht weder Lärm noch
74 Abgase. Die Ausgaben für den Bau von Radwegen wollen wir deutlich erhöhen und
75 Lücken im Radwegenetz schließen. Gerade Kinder und Senior*innen sollen sich in
76 Mecklenburg-Vorpommern komfortabel und sicher mit dem Fahrrad fortbewegen
77 können. Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen und dem ÖPNV müssen in unserem Land
78 gleichberechtigt Raum zugewiesen werden. Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-
79 Knotenpunkten solle mit Luftpump- und E-Bike-Lade-Stationen ausgestattet
80 werden. Grüne Verkehrspolitik verbessert die Mobilität von Menschen und Gütern
81 und gestaltet den Verkehr klimafreundlicher. Die Mehrzahl der Wege sollte sicher
82 und komfortabel mit nachhaltigen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können.

83

84 Mecklenburg-Vorpommern war im vergangenen Jahr das beliebteste innerdeutsche
85 Urlaubsziel. Das ist für die Urlaubsregionen jedoch Segen und Fluch zugleich,
86 denn an Anreise- und Regentagen sind die Straßen verstopft. Darum setzen wir uns
87 ein für Anreisemöglichkeiten mit der Bahn und die Wiedereinrichtung der Südbahn,
88 der Usedom-Südanbindung über die Karniner Brücke und der Darßbahn. Wir brauchen
89 aber auch den Lückenschluss Rehna-Schönberg, damit die Bahnfahrt von Gadebusch
90 nach Lübeck nicht mehr drei Stunden dauert. Wir brauchen eine ICE-Verbindung
91 Berlin - Schwerin - Lübeck - Kopenhagen, um den Anschluss Mecklenburg-
92 Vorpommerns an das europäische Fernzugnetz zu garantieren. So werden sowohl
93 Klima und Umwelt als auch Nerven von Einheimischen und Tourist*innen geschont.
94 Vor Ort brauchen wir aufeinander abgestimmte Bus- und Bahnlinien und günstige
95 regionale ÖPNV-Tickets wie die Kaiserbädercard, die für unkomplizierte Mobilität
96 auf der Insel Usedom und Umgebung sorgt.

97

98 Um Mecklenburg-Vorpommern insbesondere auch in den küstenfernen Regionen sowohl
99 für die Bewohner*innen als auch die Tourist*innen infrastrukturell aufzuwerten
100 und zu erschließen, möchten wir "Rad- und Fußwege auf dem Land" gezielt als

101 wichtige Infrastrukturprojekte über den ELER- bzw. EFRE-EU-Fond mittels eines
102 neuen Förderschwerpunktes angehen.

103

104 Für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Stadt und Land verbindet
105 Die Art und Weise wie Böden landwirtschaftlich bewirtschaftet werden, hat
106 weitreichende Folgen für die Umwelt, das Klima, die Qualität
107 landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Gewässer und Artenvielfalt. Das Ziel
108 von Landwirtschaft muss sein, die natürlichen Eigenschaften der Böden mindestens
109 zu erhalten. Wir setzen deshalb auf eine Landwirtschaftspolitik, die den
110 Humusgehalt erhöht und die Bodenfruchtbarkeit auch ohne chemisch-synthetischen
111 Dünger dauerhaft erhält. Als zukunftsfähig wollen wir die ökologische
112 Landwirtschaft stärken, denn Agroindustrie, die mit gewaltigem Energieaufwand
113 produziert und gleichzeitig Gewässer, Wälder und Luft mit Stickstoffverbindungen
114 überlastet, ist nicht nachhaltig und darf nicht weiter gefördert werden.
115 Neben klaren Vorgaben durch Gesetze und Verordnungen, der Umverteilung der
116 Fördermittel und qualifizierter Beratung kann die umweltgerechte und ökologische
117 Landwirtschaft durch zukunftsweisende Vereinbarungen zwischen Landnutzer*innen
118 und Kommunen sowie anderen öffentlichen oder privaten Landeigentümer*innen
119 gestärkt werden. Durch BÜNDNISGRÜNE Initiativen werden beispielsweise zahlreiche
120 kommunale Flächen in Mecklenburg-Vorpommern glyphosatfrei bewirtschaftet.
121 Um eine ökologischere Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auszuweiten,
122 braucht es viele Akteure. Neben Politik und Verwaltung, die die
123 Rahmenbedingungen definieren und kontrollieren, sind das in erster Linie die
124 Landwirt*innen und Landeigentümer*innen. Fördernde Netzwerke von
125 Nutzer*innenverbänden, Naturschutzorganisationen, Wissenschaftler*innen und
126 Agrarinitiativen sind dabei ebenso wichtig. Beispiele sind das Aktionsbündnis
127 für gentechnikfreie Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, lokale
128 Bürgerinitiativen gegen industrielle Tierhaltung und die Dialogprozesse der
129 Greifswalder Agrarinitiative.

130

131 In Mecklenburg-Vorpommern werden jährlich knapp 400 Mio. € an EU-Agrarförderung
132 (GAP) als pauschale Flächenprämie an die Landwirt*innen direkt ausgeschüttet.
133 Diese leistungsungebundenen Zahlungen belohnen lediglich Besitz und Größe,
134 tragen zu den massiven Boden- und Pachtpreisteigerungen bei und verstärken so
135 das „Wachsen oder Weichen“ in der Landwirtschaft. Sie entfalten keine
136 Lenkungswirkung auf die Art der Bewirtschaftung. Wir wollen die GAP neu
137 ausrichten - einerseits weg von den ineffizienten, pauschalen Direktzahlungen,
138 um die Pacht- und Bodenpreisexplosion zu stoppen, andererseits hin zu einer
139 verbesserten Ausstattung der 2. Säule für eine explizite Förderung einer
140 naturverträglichen, ökologischen Landwirtschaft. Die europäische
141 Landwirtschaftspolitik muss diejenigen Landwirte belohnen, die Artenvielfalt,
142 Klima, Böden und Gewässer schützen sowie Tiere artgemäß halten.

143

144 Nachhaltig Wirtschaften für die Menschen in den Regionen
145 Wir setzen auf ressourcenschonendes Wirtschaften, das Lebensqualität schafft,
146 Mitbestimmung ermöglicht sowie Sozialstandards und Geschlechtergerechtigkeit
147 achtet.
148 Beschaffungs- und Ausschreibungsrichtlinien sollen diesen Standards genügen und
149 regionale und fair gehandelte Produkte und Dienstleistungen bevorzugen.
150 Öffentliche Ausschreibungen wollen wir über kleine Losgrößen so gestalten, dass
151 regionale Unternehmen eine realistische Chance im Bieterwettbewerb haben.

152 Für eine bessere Wertschöpfung aus und für die Regionen wollen wir regionale
153 Kreisläufe ankurbeln, eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit stärken und
154 innovatives Wirtschaften fördern. Start-ups und die Förderung kleiner,
155 nachhaltiger Unternehmen sehen wir als Aufgabe der kommunalen
156 Wirtschaftsförderung. Diese Wirtschaftsförderung muss den SDG (Sustainable
157 Development Goals) Maßgaben genügen. EFRE-Mittel sollen gemeinwohlökonomische
158 Unternehmen besonders fördern.

159 Kreuzfahrttourismus und Kreuzfahrtindustrie hat eine hohe wirtschaftliche
160 Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern. Aida ist seit Jahren das größte ansässige
161 Unternehmen im Land. Die Genting-Werften mit Ihrem Schwerpunkt im Bau von
162 Kreuzfahrtschiffen wachsen kontinuierlich. Allerdings ist die
163 Kreuzfahrtindustrie von unserem Ziel der Verbindung von Wirtschaft und
164 Nachhaltigkeit noch weit entfernt.

165 Kreuzfahrttourismus produziert überall auf der Welt massive Umweltschäden durch
166 Schadstoffausstoß und Ressourcenverbrauch.

167 Wir setzen uns für eine Transformation der Wirtschaft hin zu einer Green-Economy
168 ein. Das bedeutet, dass nicht nachhaltige Wirtschaftszweige sich wandeln und im
169 Zweifel schrumpfen müssen, während wir ressourcenschonende innovative
170 Wirtschaftszweige gezielt fördern wollen.

171 Deshalb setzen wir uns als BÜNDNISGRÜNE dafür ein, die aktive Ansiedlungspolitik
172 für die Kreuzfahrtindustrie zu beenden, neue Antriebskonzepte zu fördern und auf
173 einen konsequenten Ausbau eines sanften Tourismus zu setzen. Das dient auch der
174 Diversifizierung der Wirtschaft und damit einer geringeren Anfälligkeit gegenüber
175 Konjunkturschwankungen.

176 Wir wollen Forschung und Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern stärker fördern.
177 Damit erhalten und schaffen wir weitere kreative Frei- und Denkräume in den
178 vielfältigen Forschungseinrichtungen in unserem Land. Wir setzen uns für faire
179 Karrierechancen, verlässliche Finanzierung und Ausstattung der Universitäten,
180 Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein.

181 Eine leistungsstarke Infrastruktur ist für die Meeresforschung unabdingbar. Wir
182 setzen uns daher für eine umfassende Finanzierung der Meeresforschung ein. Dies
183 umfasst unter anderem die laufende Instandhaltung und Erneuerung der
184 Forschungsflotte im Eigentum unseres Landes. Die Herausforderungen, vor die uns
185 der Ozeanwandel in der Ostsee stellt, können wir nur gemeinsam mit den anderen
186 norddeutschen Bundesländern und letztendlich in Zusammenarbeit mit allen
187 baltischen Staaten meistern. Aufgrund dieser gemeinsamen Verantwortung, aber
188 auch aufgrund der hohen Kosten sind Kooperationen hier besonders wichtig.

189 Die EU unterstützt Forschung und Lehre in den Universitäten und Hochschulen des
190 Landes. So wird in Rostock etwa an einer Verbesserung der
191 Herzklappentransplantation geforscht. Die Unterstützung solcher
192 Forschungsprojekte durch die EU schafft nicht nur mehr Arbeitsplätze und
193 Ausbildungsmöglichkeiten. Sie bereitet auch Chancen, dass sich aus der
194 Hochschulforschung Unternehmen ausgründen, die mehr wirtschaftliches Potenzial
195 ins Land bringen. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Chancen kommunal
196 ernst zu nehmen und stärker zu unterstützen. Zudem wollen wir die internationale
197 Forschung kommunal unterstützen, etwa durch die stärkere Zusammenarbeit mit
198 Partnerstädten, das Werben für ein Auslandsstudium in MV und die Unterstützung

199 von Erasmusstudent*innen. Zudem wollen wir das Erasmus+ Programm in MV bekannter
200 machen und so mehr Menschen ermöglichen, es zu nutzen.

201 Kultur verbindet

202 Kultur verbindet Menschen und Regionen, Stadt und Land, regt zum Nachdenken,
203 Diskutieren und Bleiben an. Nicht nur deshalb ist sie für uns unverzichtbar.
204 Damit Kultur ihre volle Wirkung entfalten kann, muss sie sich frei entwickeln
205 können und erlebbar sein. Damit Kultur unabhängig vom eigenen Auto erlebt werden
206 kann, wollen wir das Angebot von Theaterbussen - wie es sie von Mai bis Oktober
207 beispielsweise auf Rügen gibt - auch auf andere Regionen und Theater ausweiten.
208 Wir treten für starke Kreiskulturräte ein, die die Interessen von
209 Kulturschaffenden bündeln und für Vernetzung untereinander sorgen.

210 Kultur ist mehr als nur das Sahnehäubchen, sie ist ein echter Standortfaktor.

211 Wir wollen, dass in allen

212 Kreisen und Kommunen eine Mindestfinanzierung für Theater und freie Kulturträger
213 garantieren
214 können. Das Land hat hier entsprechend zu unterstützen.

215

216 Solidarisches Miteinander - der sozialen Verantwortung gerecht werden

217 Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer finanziellen Situation am täglichen
218 Leben und Miteinander in unseren Städten und Dörfern teilhaben können. Deshalb
219 treten wir BÜNDNISGRÜNE für gut ausgestattete Schulen, Begleitung, Betreuung und
220 Beratung in prekären Lebenslagen, bezahlbaren Wohnraum und eine gute kommunale
221 Daseinsvorsorge mit umfassenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen
222 Dienstleistungen ein. Auf eine flächendeckende, gute Gesundheitsversorgung,
223 generationengerechtes Wohnen, Barrierefreiheit und Zugang zu guter Pflege muss
224 besondere Aufmerksamkeit gelegt werden.

225

226 Wir wollen, dass Kommunen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil
227 mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen
228 Mietwohnungsbau investieren. Wir unterstützen auch Baugemeinschaften und
229 Genossenschaften, die preiswert Wohnraum schaffen.
230 Europäische Investitionen in Gemeindehäuser und Orte des Austausches und der
231 Zusammenkunft, wie etwa in Blowatz, Lassahn oder Diemitz wollen wir verstärken.
232 Es sind diese Orte, an denen Menschen zusammenkommen, sich austauschen und die
233 Dorfgemeinschaft wiederaufleben lassen können.

234

235 Ebenso haben für uns gute Bildung und qualitative Betreuung in gut
236 ausgestatteten, sanierten Kitas und Schulen hohe Priorität. Bedarfsgerechte
237 Öffnungszeiten und ein guter Personalschlüssel in Kitas sind ebenso wichtig wie
238 eine faire Entlohnung der Erzieher*innen, Betreuer*innen und Lehrenden.
239 Eine gesunde Ernährung ist für Kinder- und Jugendliche besonders wichtig. Wir
240 wollen, dass in Kitas, Horten und Schulen mehr Essen aus biologisch angebauten
241 und regionalen Zutaten angeboten wird, und die DGE Standards in allen Kitas und
242 Schulen umgesetzt werden. Perspektivisch wollen wir, dass in den Einrichtungen
243 bzw. vor Ort gekocht wird.

244 Wir setzen uns für den Erhalt des europäischen INTERREG Programmes ein. Durch
245 dieses werden die Menschen entlang der Oder, egal ob in Deutschland oder Polen,
246 zusammengebracht und können miteinander in Austausch stehen. So wird etwa
247 Schüler*innen ermöglicht gemeinsam zu musizieren oder Sport zu treiben. In dem
248 Projekt „Sprache verbindet – Abbau sprachlicher Barrieren als Schlüssel für eine

249 engere Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania“ wird Beamten der Stadt
250 Greifswald die Möglichkeit gegeben Polnisch zu lernen. Gleiches findet auch in
251 Szczecin statt. So entsteht gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

252

253 Für ein landesweites kostenloses Schul- und Freizeitticket
254 Der Weg zur Schule hängt für Schüler*innen in Mecklenburg-Vorpommern in sehr
255 unterschiedlichem Maße davon ab, wo sie wohnen. Ein Flickenteppich von
256 unterschiedlichsten Regelungen, das ist das Ergebnis der durch den Landtag
257 beschlossenen Regelung des § 113 Schulgesetz MV. Je nachdem, wo ein Schulkind
258 lebt, bekommt es entweder die Fahrt nur zur zuständigen Schule bezahlt, oder es
259 bekommt einen Fahrtkostenzuschuss bei Besuch einer nicht zuständigen Schule,
260 manchmal aber nur dann, wenn eine festgelegte Entfernung überschritten wird. In
261 einigen Landkreisen kann zusätzlich für kleines oder auch großes Geld ein
262 Freizeitticket hinzugekauft werden. In anderen fahren die Kinder komplett
263 kostenfrei in öffentlichen Verkehrsmitteln.
264 Ein solches Regel-Sammelsurium schafft unnötige Verwaltungskosten und große
265 Ungerechtigkeiten. Wir wollen deshalb eine landeseinheitliche Regelung im
266 Schulgesetz. Wir wollen ein landesweit gültiges kostenfreies Kinder- und
267 Jugendticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel im Land. Bis zu dessen
268 Einführung muss im Finanzausgleichsgesetz geregelt werden, dass der für die
269 Kommunen durch die Schülerbeförderung anfallende Kostenanteil auf maximal 50 %
270 beschränkt wird. Hierfür werden sich GRÜNE in allen kommunalen Vertretungen
271 einsetzen, denn nur gleiche Bedingungen für alle, egal ob Schüler*in oder
272 Auszubildende*r, sind faire Bedingungen.

273

274 Starke Beteiligung und gleiche Rechte

275 Wir leben Bürgerbeteiligung und wollen eine Politik des Miteinanders weiter
276 etablieren. Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte frühzeitig
277 informiert und Bürger*innen zu wichtigen Planungen angehört und einbezogen
278 werden. Wir setzen uns für Ortsteilbudgets und die schrittweise Einführung von
279 Bürgerhaushalten ein.

280 Die Ausschusssitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen, Bürgerschaften und
281 Gemeindevertretungen sollen grundsätzlich öffentlich sein. Die Vorlagen und
282 Protokolle aus diesen öffentlichen Sitzungen sollen online zur Verfügung
283 gestellt werden. Sitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen und Bürgerschaften
284 sollen, zum Beispiel via Onlinestream, übertragen werden.

285

286 Wir wollen die Chancen und Potentiale der Digitalisierung in der öffentlichen
287 Verwaltung gezielt nutzen, um den Bürgerservice zu modernisieren und zu
288 verbessern. Informationsmöglichkeiten im Internet müssen ausgebaut und
289 verbessert werden. Dazu gehören u.a. Benutzerfreundlichkeit, Mehrsprachigkeit
290 und Barrierefreiheit. Auch Informationen über Bebauungspläne und andere
291 städtische Planungen und Konzepte müssen im Internet leicht zugänglich sein. Die
292 Bürger*innen müssen überall unkompliziert Behördengänge auch online erledigen
293 können.

294

295 Die Versorgung mit einer guten Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger
296 Standortfaktor speziell für den ländlichen Raum, und Grundvoraussetzung für die
297 Teilhabe aller. Unternehmen brauchen leistungsfähige Glasfaseranschlüsse, um
298 wettbewerbsfähig zu bleiben, und für die Bürgerinnen und Bürger hat sich das
299 Internet zu einem elementaren Bestandteil des Alltagslebens entwickelt. Daher

300 sind die bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und
301 eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

302

303 Wir wollen Chancengleichheit für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen
304 gleichberechtigt in der Kommunalpolitik vertreten sind und gehen als GRÜNE mit
305 gutem Beispiel voran, indem wir unsere Listen paritätisch aufstellen. Die Büros
306 der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten müssen personell und finanziell gut
307 ausgestattet sein, um wirkungsvoll arbeiten zu können. Wir setzen uns ein für
308 mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsangebote in den
309 Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen.

310

311 Auch Kinder und Jugendliche müssen ihre Ideen und Einschätzungen in die
312 Kommunalpolitik einbringen können. Deshalb wollen wir Kinder- und
313 Jugendparlamente und andere Beteiligungsformen zum Beispiel Jugendbeiräte
314 fördern.

315

316 Kleine soziale Projekte in den Kommunen zeigen oft große Wirkung und haben für
317 alle Bürger*innen einen hohen Mehrwert. Interkulturelle Projekte, die das
318 Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Weltanschauungen
319 befördern, sowie geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, Initiativen gegen
320 Rechtsextremismus und der Heimat- und Kulturverein brauchen die Unterstützung
321 der gesamten Kommune.

322

323 Für starke Kommunen

324 Vielen Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern droht der Verlust der finanziellen
325 Eigenständigkeit. Freiwillige Aufgaben und zukunftsfähige Investitionen können
326 nicht getätigt werden, weil die Gemeinden und Landkreise häufig noch nicht
327 einmal den für Förderprogramme notwendigen Eigenanteil erbringen können. Die
328 Kommunen wissen am besten, wo sie investieren wollen und müssen. Das Land hält
329 die Kommunen kurz und fährt gleichzeitig jährlich Haushaltsüberschüsse im
330 dreistelligen Millionenbereich ein. Deshalb plädieren wir für eine angemessene
331 und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Wir schließen uns dem
332 Städte- und Gemeindetag an, der eine auf Dauer einzurichtende
333 Infrastrukturpauschale in Höhe von 166 € je Bürger*in fordert, um damit ab dem
334 Jahr 2020 auf den Durchschnitt aller Flächenländer bei den Finanzausweisungen zu
335 kommen. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen und verhindert
336 werden, dass der Nordosten noch weiter von der Entwicklung abgehängt wird.
337 Gleichzeitig müssen Aufgaben, die in den letzten Jahren vom Land auf die
338 Kommunen übergegangen sind, auf ihre Ausfinanzierung hin überprüft werden. Nur
339 so kann erreicht werden, dass Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden kann.
340 Radwege, Feuerwehren, Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen und Vereine
341 warten dringend darauf.

342 Die Förderprogramme der EU sollen auch den Menschen die Möglichkeiten geben,
343 eigenständig ihr Umfeld zu verbessern, die konkreten Probleme vor Ort zu lösen,
344 und die Chancen der verschiedenen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns zu nutzen.
345 Wir möchten einerseits das Beratungsangebot für Bürger*innen in den Kommunen
346 weiter ausbauen, andererseits aber auch Hürden abbauen. Um mehr Projekte zu
347 ermöglichen, wollen wir den Eigenanteil der Förderung absenken, die Möglichkeit
348 schaffen, sich von der Vorausleistung zu befreien und Fristzeiträume erweitern.
349 So können sich mehr Menschen beteiligen.

350

351 Knapp 2,3 Milliarden Euro erhält Mecklenburg-Vorpommern innerhalb der
352 siebenjährigen
353 Förderperiode insgesamt von der EU. Doch obwohl die Förderperiode nur noch 22
354 Monate andauert, sind weniger als 30% der Mittel genutzt worden. Dieser Wert ist
355 bundesweit unterdurchschnittlich und konstatiert Verwaltungsversagen. Etliche
356 Projekte
357 sind noch nicht angefangen. Die Landesregierung schafft es nicht, die
358 Unterstützung, die
359 sie bekommt, zu nutzen. Wir fordern daher eine Verbesserung der
360 Verwaltungsstrukturen
361 und ein automatisiertes Monitoring, das Regierung und Parlament regelmäßig über
362 den
363 Fortschritt der Förderprojekte informiert und so zur Umsetzung motiviert.
364
365
366 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV will Europa demokratischer machen, die Souveränität des
367 Europäischen Parlaments stärken und den Einfluss des Rates abschwächen. Wir
368 machen uns stark für ein geeintes Europa, das die Menschen im Vordergrund sieht.
369 Ein Europa, das zusammenhält, Kulturen stärkt und verknüpft, durch sprachlichen
370 Austausch Solidarität garantiert, Vertrauen in die Fähigkeiten seiner
371 Bürger*innen hat und ihnen die
372 Chancen gibt, die sie brauchen, um zu wachsen, sich zu entwickeln und einander
373 zu
374 vertrauen. Ein Europa, das die Regionen stärkt und uns verbindet.